

Eckert, Astrid M.: *Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2004. ISBN: 3-515-08554-8; 534 S.

**Rezensiert von:** Sebastian Barteleit, Bundesarchiv, Standort Berlin

An dieser Stelle muss ausdrücklich Herrn Hockerts<sup>1</sup> widersprochen werden: Dieses Buch gehört in die Fachausbildung im Archivwesen! Auf einer Ebene ihres Buches trägt Astrid M. Eckert maßgeblich zur Aufarbeitung der Verstrickungen von Archivaren in das System des Dritten Reiches und der zum Teil ungebrochenen Kontinuität der Tätigkeit dieser Archivare in der frühen Bundesrepublik bei. Die Archivwelt hat sich diesem Thema erst seit kurzem intensiver geöffnet und Eckerts Buch ist eine willkommene Bereicherung für eine Debatte, die in Zukunft noch verstärkt zu führen sein wird. Gerade für den Autor, der sowohl Historiker als auch Archivar ist, sind die Darstellungen über die Gründungen und Neugründungen von Bundesarchiv und Politischem Archiv des Auswärtigen Amtes ein deutliches Zeichen sich mit der „eigenen“ Vergangenheit weiter intensiv auseinander zu setzen.

Andererseits verstehe ich Hockerts Einwand sehr gut: In der Tat ist die Debatte über Aktenrückgabe keine Frage, die nur die Archivwelt betrifft. Ganz im Gegenteil, Archive waren stets – und werden dies wohl auch in der Zukunft bleiben – Stätten und Institutionen, an denen Materialien aufbewahrt und bereitgestellt werden, die für die historische Forschung von zentraler Bedeutung sind. Insofern sind Fragen der Archivpolitik in der Moderne stets auch Fragen der Geschichtswissenschaft. Und dies ist der zentrale Strang des vorliegenden Buches, der unsere ganze Aufmerksamkeit verdient. Denn im „Kampf um die Akten“ verbindet sich das Verlangen der Archivare „geraubtes“ Archivgut in ihren Häusern wieder verwahren zu können mit dem Verlangen der Historiker die Deutungshoheit über Geschichte ausüben zu können, indem sie Zugriff auf eben dieses Archivgut erlangen. In ihrer Studie stellt Eckert die vielfältigen Diskussionsstränge dar, die in den

Rückgabeverhandlungen zum Tragen kamen. Die in diesem Sinne handelnden Personengruppen umfassen Archivare, Historiker und Politiker sowie Verwaltungsbeamte auf allen beteiligten Seiten. Durch diesen Zugang ermöglicht sie einen mehrdimensionalen Blick auf ein komplexes Verhandlungsgeschehen, das sich nicht auf den Gegensatz Deutschland auf der einen und die Westalliierten auf der anderen Seite reduzieren lässt.

Bei dem Kampf um die Akten einte die deutschen Archivare und Historiker ein zentrales Deutungsmuster, das den Alliierten schlicht die richtige Interpretation der erbeuteten Akten abspricht. Eckert bezeichnet dies mit dem Begriff des „historistischen Verstehensparadigmas“. Die Zeitgeschichte befindet sich in einer anderen methodologischen Situation als die anderen historischen Disziplinen. Anders als bei der alten Geschichte, der Mediävistik oder auch der Geschichtsschreibung der Frühen Neuzeit ist bei der Zeitgeschichtsschreibung per Definition keine zeitliche Distanz zu dem Untersuchungsgegenstand gegeben. Die für den Analyseprozess wichtige Distanz zu den zu interpretierenden Ereignissen ist bei der Zeitgeschichte per se nicht gegeben. Die Historiker der frühen Bundesrepublik thematisierten in ihrem Bemühen Zugang zu den Akten zu erlangen, diese fehlende Distanz und deuteten sie radikal um. Gerade die Distanz, die die westalliierten Historiker als ehemalige Kriegsgegner bei deutschen Themen an den Tag legten, stellte für sie ein methodisches Problem dar. Auch wenn den britischen und amerikanischen Historikern nicht offen Geschichtsfälschung vorgeworfen wurde, so wurde ihnen zumindest unterstellt, nicht die notwendigen Erfahrungen als Zeitgenossen zu haben, um die deutsche Geschichte richtig interpretieren zu können. Hiermit thematisiert Eckert ein über die Grenzen des eigentlichen Themas hinausgehendes Problem. Denn mit der Untersuchung von immer näher an die Gegenwart heranreichenden historischen Ereignissen und Strukturen, die z.T. noch durch Quellen aus dem Bereich der Oral History ge-

<sup>1</sup> Hockerts, Hans Günter, Aktenrolle rückwärts. Die Verhandlungen über das beschlagnahmte deutsche Archivgut 1944 bis 1958, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.2004, S. 8.

stützt wird, kann der Erfahrung als Zeitgenosse eine wichtige diskursive Rolle zukommen. Zu Recht verwendet die Zeitgeschichte solche Quellen und dennoch ist sie gut beraten, die Distanz für die Analyse aufrechtzuerhalten oder gar diese erst aufzubauen.

Archivalische Quellen können die passende Grundlage für eine solche analytische Geschichtsschreibung darstellen, und doch geraten sie neuerdings immer wieder in den Blick von Untersuchungen und Forschungsfeldern, die ihre Verstrickungen in die Spiele der Macht thematisieren. Denn Archive, und dies gilt selbstredend auch für die Archive des Staates, sind per Definition immer auch Teile der Organisation, deren Materialien sie bewahren. In ihrer Existenz ist demnach immer ein Widerspruch zwischen den Bedürfnissen der Organisationen ihr Wissen und Aufzeichnungen über ihr Handeln aufzubewahren aber nicht zwangsläufig zugänglich zu machen und dem Anliegen der Wissenschaft wie der gesamten Öffentlichkeit, Zugang zu eben diesem Wissen zu erlangen, um das Handeln nachträglich beurteilen zu können. Dass gerade die Archive des Staates zu Zeiten von Diktatur und Demokratie völlig anders agieren, scheint einleuchtend. Eckert beleuchtet den spannenden Übergang von einer Diktatur zu einer demokratischen Gesellschaft und das teilweise Versagen von Historikern und Archivaren im Umgang mit den neuen Gegebenheiten der Demokratie. Andererseits macht sie auch deutlich, dass es neue Ansätze unter Archivaren wie Historikern gab, die auch hoffentlich eine neue Weise des Umgangs mit Akten und dem Zugang zu diesen ermöglichen.

Sicherlich sind Archive immer auch Institutionen, in denen Macht ausgeübt wird, sich Macht manifestiert und die der Machtausübung anderer unterliegen, – ein Graduiertenkolleg der Universität Bielefeld wird sich unter anderem diesen Themen demnächst ausführlich widmen<sup>2</sup> – aber heutzutage sollen Archive, zumindest in demokratischen Gesellschaften, für die Macht der Bürger stehen, sich über das Handeln der Regierungen ein eigenes Urteil bilden zu können. Insofern ist es auch positiv, dass die Akten der Zeit vor 1945 zu einem großen Teil wieder vor Ort von deutschen wie ausländischen Historikern

und – nach den Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes – von „Jedermann“ benutzt werden können.

Eckert gebührt das Verdienst, in einer spannenden und anschaulichen Weise die unterschiedlichen Motivationen das deutsche Archivgut in Besitz zu halten oder zu bekommen dargestellt zu haben. Sowohl für die deutschen Archivare wie für die deutschen Historiker der frühen Nachkriegszeit war dies sicherlich kein Ruhmesblatt. Andererseits zeigt die Studie sehr deutlich, dass auch die Positionen der westalliierten Historiker zum Teil nicht stets redlich waren und natürlich machtpolitische Erwägungen auf beiden Seiten eine zentrale Rolle in den Rückgabeverhandlungen spielten.

Ein Wort zum Schluss: Wie wichtig und brisant das Thema der Aktenrückgabe bleibt, zeigt natürlich die Frage nach den Beständen die weiterhin verschollen bleiben und vielleicht in weiteren alliierten Archiven lagern, zum andern aber auch eine kürzlich erfolgte Rückgabe von rund 25 laufenden Metern Archivgut aus Frankreich.<sup>3</sup>

HistLit 2005-1-020 / Sebastian Barteleit über Eckert, Astrid M.: *Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg*. Stuttgart 2004, in: H-Soz-u-Kult 10.01.2005.

<sup>2</sup>Siehe die Beschreibung des Graduiertenkollegs unter <http://www.uni-bielefeld.de/geschichte/graduiertenkolleg/abstract.pdf>.

<sup>3</sup>Siehe dazu auch die Pressemitteilung des Bundesarchivs: Rückgabe deutscher Akten durch das französische Außenministerium, Koblenz, den 29. 10. 2004, <http://www.bundesarchiv.de/aktuelles/pressemitteilungen/00099/index.html>.